

diesem so äußerst wichtigen Teilgebiet der Sicherung der Errungenschaften des sozialistischen Staates ist jedoch noch vielfach Sorglosigkeit und Ressortdenken bei Leitern und Leitungen anzutreffen* Dadurch wird die Spionage imperialistischer Geheimdienste und anderer feindlicher Stellen in starkem Maße begünstigt bzw* überhaupt erst möglich*

Ressortdenken und Sorglosigkeit in bezug auf die Bekämpfung der staatsfeindlichen Tätigkeit sind ein ernstes Hemmnis in der erfolgreichen Bekämpfung der staatsfeindlichen Tätigkeit* Sie begünstigen die Durchführung und Verschleierung von Staatsverbrechen und können zu ernsthaften Schäden für die sozialistische Gesellschaft führen*

Die erfolgreiche Bekämpfung der staatsfeindlichen Kriminalität erfordert eine echte kameradschaftliche, sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen allen beteiligten staatlichen Organen, Einrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen, Betrieben und gesellschaftlichen Kollektiven, die auf den staatsrechtlich verankerten Grundlagen und Bockpfeilern des Systems der Kriminalitätsbekämpfung beruhen muß* Die spezifischen Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Grundsätze der Zusammenarbeit der an der Bekämpfung der staatsfeindlichen Kriminalität - wie der Kriminalität überhaupt - beteiligten gesellschaftlichen Kräfte in der DDR ergeben sich vor allem aus nachfolgenden Gesetzen und Beschlüssen sowie Erlassen:

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1960 (GBl. 1/1968, S* 199); Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik - StGB - vom 12* Januar 1968 (GBl* 1/1968, S* 1); Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik - StPO - vom 12* Januar 1968 (GBl* 1/1968, S* 49); Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege vom 4* April 1963 (GBl. 1/1963, S* 21); Gesetz über die Verfassung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik (Gerichtsverfassungsgesetz) vom 17# April 1963 (GBl. 1/1963, S* 45); Gesetz über die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik vom 17* April 1963 (GBl. 1/1963, 3* 57); Beschluß des Ministerrates über die Aufnahme der Tätigkeit der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der Deutschen Demokratischen Republik vom 13* Mai 1963 (GBl. 11/1963, S* 261); Gesetz über den Vollzug der Stra-